



SPD-Fraktion im Rat der
Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im Rat der
Stadt Dortmund

An die
Presse

in Dortmund

15.0305

PRESSEERKLÄRUNG

Am Donnerstag wird der Rat mit großer Mehrheit einen neuen Intendanten für das Konzerthaus wählen. Herr Stampa hat sich den Fraktionen am gestrigen Nachmittag vorgestellt. Sowohl SPD als auch Grünen können den hervorragenden Eindruck bestätigen, der die Auswahlkommission zu ihrer Entscheidung geführt hat.

Herr Stampa hat sich in nicht nur in Hamburg und darüber hinaus einen guten Ruf erarbeitet. Er ist sich völlig darüber im Klaren, dass es einer ambitionierten Arbeit bedarf, um das Konzerthaus mit dem gegebenen finanziellen Spielraum zukunftsfähig zu machen. SPD und GRÜNE trauen dem neuen Intendanten zu, einerseits an dem hohen künstlerischen Niveau anzuknüpfen, das in Dortmund gewünscht wird, andererseits aber auch das von ihm formulierte Credo „Kultur ist für alle da“ mit Leben zu erfüllen. Die neuen Akzente werden realistisch gesehen erst ab 2007 deutlich werden können, da der Spielplan bis zu diesem Zeitpunkt steht.

Der neue Intendant bezeichnet sich selbst als Meister des Sparens. Das ist vor dem Hintergrund des zu verabschiedenden Betriebskonzeptes auch absolut notwendig.

Das für den Rat skizzierte Betriebskonzept basiert auf einer Schwachstellenanalyse, die der Interimsintendant in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit vornehmen konnte und die das Einsparpotenzial deutlich macht. Dabei geht es mitnichten – wie die CDU behauptet – um einen Eingriff in die Spielplangestaltung. Es wird lediglich ein Rahmen abgesteckt, der eine höhere Wirtschaftlichkeit und Auslastung gewährleisten kann. Das bedeutet keinerlei Abstriche an künstlerischer Qualität. Die Christmasshow aus dem Programm zu nehmen, wenn sie nicht – wie erwartet – das Haus voll macht, sondern zu einem Defizit in Höhe von 600.000 Euro führt, ist nur konsequent und gibt der neuen Intendanz die Freiheit, die Vorweihnachtszeit mit neuen Konzepten einnahmenintensiv zu gestalten.

Gleichwohl ist der finanzielle Rahmen, der dem neuen Intendanten auferlegt wird, aus unserer Sicht ausreichend dimensioniert, um das Konzerthaus erfolgreich zu führen, ohne Abstriche an die Qualität zu machen.

Ein weiteres im Zusammenhang mit dem Betriebskonzept geäußertes Bedenken der CDU in Bezug auf Kooperation mit dem Theater ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Sie trägt zur Transparenz und besseren Einschätzung der Marktsituation bei. Konkurrenz in der eigenen Stadt fördert in diesem Fall keineswegs das Geschäft.

SPD und Grünen werden nicht nur der Wahl des Intendanten, sondern auch dem Betriebskonzept zustimmen. Wir tun das in der Hoffnung auf den Erhalt des Konzerthauses für alle Musikinteressierte, aber auch für die, die in der Zukunft für Musik gewonnen werden sollen. Allerdings wird es unser Anliegen sein darauf zu achten, dass angesichts knapper Haushalte und einer bedrückend hohen Zahl von Arbeitslosen in dieser Stadt keine Kürzungen bei der Wahrnehmung sozialer Aufgaben vorgenommen werden. Die Haushaltsberatungen werden diese Absicht widerspiegeln.

Luftqualität:

Die Möglichkeit der Erhebung einer City-Maut auch in den Städten hat ein überwiegend negatives Echo gefunden. Hier muss zunächst zur Kenntnis genommen werden, dass diese „Maut“ in anderen Städten durchaus praktiziert werden und auch Fahrverbote schon zum gängigen Repertoire gehören, wenn andere Maßnahmen nicht greifen. Damit ist auch der Charakter einer solchen Maut klar beschrieben: Erst wenn – wie es in Metropolen wie London der Fall ist - die Verkehrsprobleme nicht in den Griff zu bekommen sind, muss über rigide Formen der Verkehrsbeschränkung nachgedacht werden. Bis dahin sollte das Augenmerk auf verkehrslenkende, schadstoffsenkende und verkehrsreduzierende Maßnahmen, die im Rahmen gesamtstädtischer Verkehrsplanung durchgeführt werden können, gerichtet werden. Aberwitzig ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag der CDU die Fahrbahnen zu Lasten des Radverkehrs zu sanieren.

SPD und GRÜNE haben eine Masterplan Luft vereinbart, der eine Vielzahl von ineinandergreifenden Modulen enthalten soll. Als einen Baustein werden wir beantragen, belastbare Luftmessungen an der B1 vorzunehmen und im Falle einer deutlichen Erhöhung des LKW-Anteils eine Mautierung für diese Bundesstraße prüfen zu lassen. Die B1 ist wesentlicher Belastungsfaktor für viele anliegende Wohngebiete. Zu Recht fordern die AnwohnerInnen seit Jahren Entlastungsmaßnahmen. Das EU-Recht bietet nunmehr eine neue Möglichkeit, die Problematik anzugehen. Im Zusammenhang mit der Einführung von Mautgebühren für LKW bietet sich hier eine Chance, die Durchgangsverkehre deutlich zu reduzieren, wobei die Möglichkeit der Entstehung von Verdrängungsverkehren zu berücksichtigen ist.

SPD und GRÜNE sind der Auffassung, dass die Chancen für eine Verbesserung der Luft und Lärmsituation in den Städten positiv genutzt werden sollen. Ein Schreckgespenst der Behinderung von Wirtschaftsverkehren und Handel in der City an die Wand zu malen, ist kontraproduktiv.